

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11/2019

November 2019

Anlässlich des Überfalls der türkischen Armee:

Solidarität mit der bewaffnet kämpfenden kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava!

Am 9. Oktober überfiel die türkische Armee mit Kampfjets, Aufklärungsdrohnen und Bodentruppen die kurdische Autonomieverwaltung Rojava. Rojava war dem reaktionären Regime der Türkei schon seit der Entstehung 2014 ein Dorn im Auge.

Entstanden im bewaffneten Kampf gegen die faschistischen und konterrevolutionären IS-Söldner war die „Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien“ erkämpft worden, die anfangs nur aus drei Gründungskantonen - Efrin, Kobane und Cizire - bestand, sich bis 2017 konsolidieren und beträchtlich ausweiten konnte.

In Rojava wurde eine Art befreites Gebiet geschaffen mit einem radikal-demokratischen Programm, das sich zum Anziehungspunkt für demokratische und revolutionäre Kräfte weltweit, insbesondere für Aktivistinnen und Aktivisten innerhalb der Türkei entwickelt hat. Die Errungenschaften Rojavas insbesondere im Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen und für die Rechte der nationalen Minderheiten (Jesiden, syrisch-arabische Minderheit) sind ein leuchtendes Beispiel weit über die Grenzen Nord-Syriens hinweg.

Überfall auf Rojava

Den Abzug der rund 1000 US-Soldaten Anfang Oktober hatte das reaktionäre Regime der Türkei als Einladung für den militärischen Überfall verstanden. Auch vom deutschen Imperialismus wurde durch Seehofer, der eine Woche vor dem Überfall in Ankara war, grünes Licht für den türkischen Expansionismus signalisiert.

Bereits 2018 hatte der türkische Präsident Erdogan einen über 820 km langen „Sicherheitswall“ entlang der syrischen Grenze errichten lassen und einen der drei Gründungskantone Rojavas von Efrin bis Idlib als türkisches Protektorat mit 12 Militärstationen und 1.300 türkischen Soldaten besetzt.

Die SDF („Syrische Demokratische Armee“), deren Gros von der syrisch-kurdischen YPG gestellt wird, führt einen Kampf auf Leben und Tod gegen die türkischen Truppen und ihren faschistischen und konterrevolutionären Söldnern. Über die letzten Jahre hatte sie ein Tunnelsystem angelegt, um sich gegen den erwarteten Überfall zu wehren. Aktuell stehen rund 40.000 kurdische Kämpferinnen und Kämpfer rund 80.000 türkischen Bodentruppen gegenüber, die von rund 14.000 Angehörigen der sogenannten „Syrischen Nationalarmee“ (ex-FSA, „Freie Syrische Armee“) unterstützt werden. (jw, 11.10.19)

Das einmarschierende türkische Militär und seine faschistischen Söldner beschließen gezielt Wohnviertel, Krankenhäuser, Wasserdepots, Bäckereien und Konvois fliehender Zivilisten. Laut UN sind mehr als 200.000 Menschen auf der Flucht, darunter 70.000 Kinder. Von Massakrierung und Exekutionen kurdischer Repräsentantinnen und Repräsentanten wird berichtet.

Jahrelang hat das Erdogan-Regime nachweislich mit den faschistischen und konterrevolutionären IS-Truppen kooperiert (Offenlassen der türkisch-syrischen Grenze für IS-Anhänger, Waren- und Waffenlieferungen für IS-Gruppen), so daß diese sich nun durch den Einmarsch ihres inoffiziellen Verbündeten wieder Morgenluft wittern. Von IS-Anschlägen im Grenzgebiet wird berichtet.

Die Zahl der faschistischen IS-Kämpfer und deren Familienangehörigen in den Gefängnissen und Lagern in Rojava beläuft sich laut bürgerlichen Medien auf bis zu 100.000 (jw, 11.10.19). Von IS-Massenfluchten und -Meutereien in Lagern wurden die letzten Tage berichtet.

Internationale imperialistische Gemengelage

Die Entwicklungen und Bündnisse überschlagen sich. Die Gemengelage ist undurchsichtig und konkrete Einschätzungen haben eine kurze

Schlaglichter von Aktionen zur Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in Rojava

In zahlreichen Städten und Orten solidarisieren sich seit Beginn des Überfalls der türkischen Armee Unterstützerinnen und Unterstützer weltweit mit Demonstrationen, Kundgebungen und Besetzungen mit Rojava.

Am 2. November, dem „World Resistance Day“, fanden u.a. in Australien, Brasilien, Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Kosovo, Kanada, Norwegen, Österreich, Russland, in der Schweiz, Schweden, Spanien, den USA und Zypern Demonstrationen statt.

Die Proteste fanden teilweise mit besonderem Fokus auf den Kampf für die Emancipation der Frauen in Rojava statt. So protestierten die Demonstrantinnen und Demonstranten im französischen Rennes am 19. Oktober unter dem Motto „Es lebe die Frauenrevolution in Rojava!“.

Auch in Deutschland gab es zahlreiche Solidaritätsdemonstrationen. Allein am 12. Oktober fanden in rund 50 Städten Demonstrationen statt (u.a. 10.000 in Berlin, 4000 in Frankfurt).

International und auch in Deutschland - wie etwa in Heilbronn oder Leipzig - stellten Schülerinnen und Schüler Schul-Streiks und Demonstrationen für Fridays-for-Future in den Zusammenhang mit Rojava. In Leipzig erklärten die Schülerinnen und Schüler von FFF am 1. November: „Genau wie die Menschen in Rojava kämpfen auch wir von Fridays-for-Future gegen Faschismus und für ein progressives Gesellschaftsmodell...“ An der Demonstration beteiligten sich auch Studentinnen und Studenten der kurdischen Studierendenverbände YXK und JXK. Sie riefen Parolen wie „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ und „Erdogan, Terrorist!“

Es gab auch zahlreiche kreative nachahmenswerte Aktionen. In London wurde am 19. Oktober die Westminster-Brücke blockiert, am gleichen Tag in Frankfurt die Friedensbrücke.

Am 14. Oktober blockierten Aktivistinnen und Aktivisten in aller Frühe unter der Parole „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!“ die Eingänge der Werke von Thyssen-Krupp und Rheinmetall in Berlin. Wenig später blockierten sie den „Showroom“ der Bundeswehr in der Friedrichstraße. Einige Tage später, am 24. Oktober, wurde in Berlin für mehrere Stunden das Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Uni besetzt.

Halbwertszeit. Vom „Verrat“ des US-Imperialismus ist die Rede, der die YPG zum Abschuß freigegeben hat.

Das reaktionäre Assad-Regime Syriens hat die SDF zur Eingliederung ihrer Truppen in die Reihen der reaktionären syrischen Polizei und

Armee aufgerufen, wozu die YPG wohl vorerst nicht zugestimmt hat, und nutzt die Gelegenheit, bislang von der YPG kontrollierte Gebiete zurückzuerobern. Das reaktionäre Regime Syriens ist wiederum mit dem russischen Imperialismus verbündet.

Am 20. Oktober marschierten Truppen der syrischen Armee samt russischen Beobachtern in Rojava ein. Nach einem Abkommen zwischen Erdogan und Putin vom 22. Oktober patrouillieren seit dem 1. November türkische und russische Soldaten gemeinsam im Grenzgebiet. Das Abkommen von Sotschi enthielt auch ein Ultimatum an die YPG, sich auf eine Distanz von 30 km von der syrisch-türkischen Grenze zurückzuziehen. Laut Angaben des russischen Kriegsministers seien aus der über 450 km langen „Pufferzone“ in Nordsyrien rund 34.000 bewaffnete YPG-Kräfte vorläufig abgezogen. (nzz, 03.11.19)

Klar ist: Keiner der imperialistischen Großmächte, weder USA, noch Rußland oder Deutschland, keiner der lokalen reaktionären Regimes und Söldnern wie das reaktionäre syrische oder iranische Regime steht auf der Seite der demokratisch-revolutionären Kräfte in Rojava.

Erdogan und die kemalistischen Pseudo-Oppositionellen gemeinsam hinter der der türkischen Flagge auf der Linie des Kurdenhasses

Die letzten Monate hatte das Erdogan-Regime zunehmend Mißerfolge zu verbuchen: Wirtschaftskrise, innenpolitische Schwierigkeiten. Erdogans AKP hatte die Kommunalwahlen im Mai 2019 verloren, die Wahl des Istanbuler Bürgermeisters wurde wiederholt, doch der Oppositionskandidat gewann mit deutlichem Vorsprung. Erdogan nutzte den Angriffskrieg gegen Rojava, um die Pseudo-Oppositionellen auf der Linie des türkischen Nationalismus und des Kurdenhasses zu vereinen. Denn bei allen Unterschieden findet die verstärkte nationalistische Hetze gegen Geflüchtete aus Syrien und die antikurdische Aggression gegen Rojava auch bei Erdogan-Kritikern - etwa aus dem Lager der CHP-Kemalisten – begeisterte Unterstützung. Alle Parteien im türkischen Parlament – mit Ausnahme der HDP – haben dem Angriffskrieg zugestimmt.

Terror gegen Geflüchtete, gegen Kurdinnen und Kurden und alle demokratisch-revolutionären Kräfte innerhalb der Türkei

Auch innerhalb der Türkei berichten Bewohnerinnen und Bewohner der kurdischen Gebiete von Verteibungen bzw. „Evakuierungen“, Absetzung kurdischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Festnahmen von Aktivistinnen und Aktivisten, die gegen den Einmarsch protestieren.

In der Türkei leben aktuell rund 4 Mio. Geflüchtete aus Syrien, ausgebeutet und in elenden Verhältnissen, zunehmend der Verachtung und Feindseligkeit ausgesetzt, die das Erdogan-Regime schürt. Im vergangenen Jahr war es wiederholt zu Überfällen und Plünderungen von Kleinhändlern und Geschäften syrischer

Freiheit für Yıldız Aktaş!

Seit dem 25.10.19 wird der 51jährige kurdischen Aktivistin Yıldız Aktaş in Berlin als „Mitglied einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ nach §129a/b von der deutschen Justiz der Prozess gemacht.

Yıldız Aktaş war 1980 als 12jähriges Mädchen in Diyarbakir erstmals inhaftiert und brutal gefoltert worden. Bereits mit 15 Jahren wurde sie erneut inhaftiert und mißhandelt. Doch die Repression erreichte nicht das Ziel: Yıldız Aktaks engagierte sich im Kampf gegen die Unterdrückung von Kurdinnen und Kurden und für die Rechte der ausgebeuteten und werktätigen Frauen. Schließlich mußte Yıldız Aktaş 2012 vor der Verfolgung nach Deutschland fliehen. Doch der deutsche Imperialismus setzt die Kriminalisierung und Verfolgung von Yıldız

Besitzer gekommen. Staatlicherseits wurde dies mit Massenabschiebungen flankiert. Mit der Ankündigung, mehr als 1 Mio. Geflüchtete in der nord-syrischen „Sicherheitszone“ anzusiedeln, die Erdogan als Expansion türkischen Territoriums schaffen will, wird diese nationalistische Hetze bedient. Ein türkischer Wirtschaftsboom durch den Wiederaufbau des gerade zerbombten Nordsyriens wird in Aussicht gestellt. Allein 100 Städte sollen dort neu gebaut werden. (jw, 08.10.19)

Mordwaffen aus deutscher Produktion gegen Rojava

Die geheuchelte Empörung des deutschen Imperialismus über den türkischen Überfall ist nichts als Augenwischerei, denn es ist gerade dieser deutsche Imperialismus, der seit Jahren ein Hauptunterstützer des Erdogan-Regimes ist. Rund 6500 deutsche Firmen beuten die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Türkei aus.

Es ist nicht weit her mit einem angeblichen Stoppt der Waffenexporte. Bereits vor dem Überfall geehmigte Waffenexporte sind von aktuellen Beschränkungen ausgenommen. Ebenfalls weiter gehen sogenannte Dual-Use-Exporte, also militärisch und nichtmilitärisch nutzbare Waren. Das Wirtschaftsministerium hatte 2018 Exporte in die Türkei in Höhe von 216 Mio. Euro genehmigt (maz-online, 18. August 2019). Allein seit Jahresbeginn wurden deutsche Waffen in Höhe von 250 Mio. Euro an die Türkei verkauft (zeit.de, 18.10.19). In 2018 machten Waffenverkäufe an die Türkei mit 243 Mio. Euro fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte aus.

354 deutsche Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 hatte das reaktionäre Regime der Türkei 2005 gekauft und 2018 in Afrin gegen Kurdinnen und Kurden in Syrien eingesetzt. Zudem unterhält der Panzer-Hersteller Rheinmetall weitere Waffenschmieden in der Türkei (etwa die Firma „Rheinmetal Defence Turkey“ oder „Rheinmetall Savunma Sanayi Anonim Sirketi“) Ähnlich der Militär-LKW Hersteller Daimler. Deutsche Leopard-Panzer, G-3 Gewehre, Militär-LKWs. Ob Heckler & Koch, SIG Sauer, Rheinmetall, Krauss-Maffei, ThyssenKrupp, Daimler, VW – ohne deutsche Mordwaffen wäre Erdogans Krieg in Nordsyrien schwer möglich. (imi-online.de) Doch es geht um mehr.

Aktaş fort. Sie erklärte vor Gericht:

„Ich würde heute nicht vor Ihnen stehen, wenn ich keine Solidarität von anderen, insbesondere kurdischen Frauen erfahren hätte. Dank dieser Solidarität konnte ich überleben. Ich würde heute nicht vor Ihnen stehen, wenn ich nicht mein Leben lang widerständig gewesen wäre. In der Aktivität, im Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen, gegen die chauvinistische Vernichtungspolitik der Türkischen Republik gegenüber Kurd*innen, konnte ich trotz meiner Verletzungen weiterleben.“

Freiheit für Yıldız Aktaş und alle anderen demokratischen und revolutionären Gefangenen!

<https://freiheit-yildiz.com>

Eine Woche vor dem Überfall auf Rojava war Seehofer in Ankara, um die Weiterführung des 2016 abgeschlossenen Geflüchtetenabwehrpakets mit der EU zu besprechen, nach der die EU der Türkei ca. 6 Milliarden Euro bezahlt, um die Grenze zu Griechenland für Geflüchtete dicht zu machen. Seehofer stellte eine Erhöhung der EU-Gelder in Aussicht.

Zudem bildet die Bundeswehr seit 2017 an der Bundeswehrhochschule in Hamburg sowie anderen Einrichtungen der Bundeswehr türkische Soldaten aus. Daran soll sich auch nach der türkischen Militäraggression in Syrien nichts ändern, betonte eine Sprecherin des Deutschen Kriegsministeriums.

Seit 1993 ist in Deutschland die PKK verboten, seit 2017 auch Flaggen der YPG. Erst vor kurzem, im Februar 2019, wurde der kurdische Mezopotamien-Verlag in Neuss verboten und Geschichts-, Sprach- und Kinderbücher in kurdischer Sprache beschlagnahmt.

Diese anti-kurdische Line setzte die deutsche Polizei bei den Solidaritäts-Protesten der letzten Tage um: In Stuttgart wurden bei einer Solidaritätsdemo 130 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen. In Köln konnten MHP-Faschisten kurdische Demonstrierende angreifen, die auch Schlägen der deutschen Polizei ausgesetzt waren. Auf der Solidaritätsdemo in Nürnberg am 12. Oktober wurden nach Abschluß der Demonstration YPG-Fahnen beschlagnahmt mit der Begründung, es seien verbotene Symbole. Am 26. Oktober agierten Nazis und Polizei Hand in Hand, als rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration „Solidarität mit Rojava“ von 100 Nazis von Dynamo Dresden am Bahnhof beschimpft und mit Flaschen beworfen wurden.

Es ist also klar: Der deutsche Imperialismus liefert dem reaktionären Regime in der Türkei die Mordwaffen und unterstützt es mit Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland.

Unterstützen wir die kämpfenden Genossinnen und Genossen in Rojava

Tod dem deutschen Imperialismus